




Auswertung der Wahlprogramme zum Thema Windkraftausbau/Energiepolitik

Bundestageswahl 2017



FDP	CDU	SPD
- Aussagen zur Energiepolitik -		
<p>https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/05/29/20170523-schauen-wir-nicht-langer-zu.pdf</p> <ul style="list-style-type: none">- Deshalb wollen wir das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden- Das jetzige System der Netzfinanzierung muss reformiert werden- Versorgungssicherheit im Wettbewerb- Deshalb sind die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung solcher Anlagen so zu ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanlagen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand zur nächsten Wohnbebauung, zu Brutstätten etc. entsprechend steigt. Das sehen wir mit der sogenannte 10H-Regel gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage. Außerdem sollen sich die Abstandsgrenzen zu Brutstätten und Nahrungshabitaten gefährdeter Vogelarten verbindlich nach den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten richten (Helgoländer Papier). Die besondere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich sollen entfallen- Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln- Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab.- Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der Artenvielfalt sichern. Dabei setzen wir bevorzugt auf freiwillige Maßnahmen und den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz. In diesem Sinne planen wir, die Bundesprogramme „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“, die in unserer Regierungszeit aufgelegt wurden, weiter auszubauen, um Lebensräume zu erhalten und miteinander zu	<p>https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1</p> <ul style="list-style-type: none">- Ein Wirtschafts- und Industrieland wie Deutschland braucht eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung.- Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie zur Energieerzeugung, den wir im Jahre 2011 beschlossen haben, war richtig- Wir haben einen verbindlichen Ausbaupfad geschaffen. Die EEG-Umlage haben wir stabilisiert, energieintensive Unternehmen entlastet, den Strommarkt neu geordnet und die Voraussetzungen für den Ausbau der großen Übertragungsnetze bis 2023 geschaffen.- Strom muss langfristig für alle Unternehmen und Betriebe sowie privaten Verbraucher bezahlbar bleiben. Dafür setzen wir die marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der erneuerbaren Stromerzeugung konsequent fort.- Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben für uns oberste Priorität.- Moderne Stromspeichertechnologien sind für den Erfolg der Energiewende von großer Bedeutung. Unsere Anstrengungen bei der Forschung und bei der Förderung setzen wir fort. Deutschland soll wieder Standort für eine Batteriezellproduktion werden.- Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir die Sektorenkopplung weiterentwickeln: Steuerung von Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Verkehr, Gebäude und Wärme (sogenannte Sektorenkopplung) gewinnen zunehmend an Bedeutung.- Unser Beispiel wird jedoch nur Schule machen, wenn die Energiewende gelingt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleibt. Deshalb muss die Energiewende marktwirtschaftlich organisiert werden.- Wir halten an unseren bestehenden	<p>https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges_Papiere et al /161121 Impulse der Programmkommision.pdf</p> <ul style="list-style-type: none">- Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesteckt: Die Energieerzeugung muss spätestens bis 2050 entsprechend den deutschen Klimaschutzziele nahezu vollständig CO₂-neutral erfolgen. Den Ausbaupfad der erneuerbaren Energien werden wir fortlaufend überprüfen. Dabei orientiert sich auch die Ausbau- geschwindigkeit an den deutschen Klimaschutzziele, zu denen sich die Bundesregierung international verpflichtet hat. Wir wollen Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Die Herausforderung ist, die Energiewende gleichermaßen sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. Wir stellen sicher, dass Deutschlands hochinnovative Industrie mit stromintensiver Produktion international wettbewerbsfähig bleibt. Denn nur so wird die deutsche Energiewende zum globalen Vorbild.- Weil wir die Energiewende sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen bezahlbar gestalten wollen, kommt der Kopplung der verschiedenen Energiesektoren untereinander in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu.- Wir wollen allen Menschen die Teilhabe an der Rendite der Energiewende ermöglichen.- Gelingt die Energiewende vor Ort, dann gelingt die Energiewende als Ganzes. Kommunale Belange wollen wir daher noch stärker ins Zentrum unserer Energiepolitik stellen. Wir wollen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern von der Energiewende profitieren.- Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende aktiv prüfen.- Unser Ziel ist klar: Eine weitgehend treibhausgasneutrale Gesellschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts.- Um die Klimaschutzziele zu

<p>verbinden.</p>	<p>Energie- und Klimazielen fest und setzen sie Schritt für Schritt um. Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen Klimaschutzplan. Wir lehnen dirigistische staatliche Eingriffe in diesem Bereich ab und setzen stattdessen auf marktwirtschaftliche Instrumente. Damit das Klima Zukunft hat.</p>	<p>erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz erarbeiten.</p>
-------------------	---	--

-zusammengefasst -

<p>Höher Abstände zur Wohnbebauung zu Windkraftanlagen- Einführung 10H Abstandsregel / Abschaffung des EEG / rechtsverbindliche Umsetzung Helgoländer Papier / Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft im BauGB §35, Abs. 5</p> 	<p>Weiter so in der Energiepolitik, Ausbaupfade der Windkraft werden nicht in Frage gestellt. Noch schlimmer. Man will die Sektorenkopplung vorantreiben, dafür bräuchte man mehrere 100.000 Windkraftanlagen -keine Hinweis auf Problem Windkraft</p> 	<p>Weiter so in der Energiepolitik, Klimaschutz steht über allem, Ziel: CO²-Neutralität –Sektorenkopplung. Bürgerprotesten wird Beteiligungen /Teilhabe entgegengesetzt -keine Hinweis auf Problem Windkraft</p> 
---	---	--

AFD	Linke	Grüne
- Auszug, Grundaussagen zur Energiepolitik -		
<p>https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf</p> <p>Im Einzelnen fordern wir: Das EEG ist ersatzlos zu streichen. Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> •sollen keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden •sollen keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden •soll der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung um das 10-fache der Gesamthöhe betragen •Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer richten. Die verwertbaren Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das Recycling rückholbar gelagert werden. Zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz ist eine umfangreiche Beteiligung an internationalen Forschungsprojekten sicherzustellen •Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen. •Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln. <p>Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.</p>	<p>https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/wahlprogramm2017.pdf</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir wollen die notwendigen Milliarden-Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien nutzen, um einen Machtwechsel von den Stromkonzernen zu den Bürgerinnen und Bürgern zu befördern. <p>Im Gegenzug sollen ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz entfallen. Sie verhindern den notwendigen Strukturwandel</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte kostenorientierte Vergütungssätze – ist von der Bundesregierung durch ein System vom Marktprämien und Ausschreibungen zu großen Teilen zerstört worden. So wird seit 2017 die Förderhöhe für Ökostrom über Ausschreibungen er mittelt. Ausschreibungssysteme sind für Bürgerenergieprojekte jedoch teuer, riskant und aufwändig, wir lehnen sie ab. Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG mit sozialen Komponente n und wollen den Ökostromanteil auf 43 Prozent bis zum Jahr 2020, 70 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis 2040 erhöhen. - DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: - DIE LINKE will Energiearmut verhindern. - Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen, - Die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir senken. Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen Energiewendefonds auflegen - Wir setzen uns dafür ein, dass Investoren verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik -Kraftwerken und 	<p>http://www.gruene.de/ueber-uns/2017/gruenes-wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2017-zukunft-wird-aus-mut-gemacht.html</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer Zeit. - Deshalb wollen wir den Kohleausstieg in Einklang zu unseren Zielen 100 Prozent Erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestalten. Die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke wollen wir unverzüglich vom Netz nehmen, zusätzliche Mittel für energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und Elektromobilität fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen. Mit einem Klimaschutzgesetz beenden wir die Unverbindlichkeit in der Klimapolitik und geben Impulse für Investitionen in Klimaschutz. - Wir wollen vollständig auf Erneuerbare umsteigen, Energieeffizienz, energetische Sanierungen und Energiesparen fördern und Atomkraft endgültig abschalten. - Deshalb wollen wir einen Mobilpass einführen, mit dem sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing aus einer Hand gebucht und bezahlt werden können. Wir schaffen mehr Radwege und wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen zulassen. - Beim Netzausbau setzen wir vorrangig auf Erdkabel und wollen, dass Freileitungen - zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren - durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden. - Wenn man die Wetter- und Klimaregionen in Europa vom Atlantik bis zum Baltikum, vom Mittelmeer bis Skandinavien besser miteinander verzahnt, dann sinkt auch der Bedarf an Speichern und Reservekraftwerken. - Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen angehen.

	<p>Energiespeichern anzubieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen - DIE LINKE will die staatliche Förderung für erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz ausbauen und neu ausrichten. - 	<p>Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Faire Wärme – klimafreundlich und bezahlbar - Für grüne Energie - komplett auf Erneuerbare umsteigen - Die atomare Lieferkette zerschneiden
<p>-zusammengefasst -</p>		
<p>Stopp des weiteren Windkraftausbau / Keine WKA in Wälder / Höher Abstände zur Wohnbebauung zu Windkraftanlagen- Einführung 10H Abstandsregel / Abschaffung des EEG</p> 	<p>Weiterer Windkraftausbau mit seinen ökonomischen und ökologischen Verwerfungen. Ausstieg aus Kohle und Atomkraft. Noch mehr staatliche Förderung.</p> 	<p>Die große Transformation ist das Ziel, übersetzt heißt das eine klimaverträgliche Gesellschaft ohne Nutzung fossiler Brennstoffe. Praktisch bedeutet dies hunderttausende Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen. Das Land wird nicht mehr wieder zu erkennen sein.</p> 